

Mauern gegen Roma in der Slowakei

Ratlosigkeit der Behörden gegenüber dem Minderheitsproblem

In zwei ostslowakischen Städten haben Bemühungen zur Abschottung von Roma-Siedlungen durch Mauern Aufsehen erregt. Dahinter verbirgt sich die Ratlosigkeit, wie mit einem komplexen Problem umzugehen sei.

Rudolf Hermann, Prag

In der ostslowakischen Stadt Michalovce haben die Bewohner einer Wohnblock-Siedlung laut einem Bericht der Tageszeitung «Sme» in Selbsthilfe eine 25 Meter lange Betonmauer gebaut, um sich gegen die nahe gelegene Roma-Siedlung Angy Mlyn abzugrenzen. Das Geld dazu hatten rund 50 Familien beigesteuert, die in dem Wohnblock-Quartier Stockwerkeigentum besitzen und sich beklagten, dass von der rund 1800 Einwohner zählenden Roma-Siedlung oft Betrunkene und Drogensüchtige ins Quartier kämen und Verunreinigungen oder Beschädigungen verursachten.

Das Grundstück, auf dem die Mauer steht, wurde von der Stadt für die Bepflanzung mit Ziersträuchern zur Verfügung gestellt. Dass dort nun eine rund zwei Meter hohe Betonmauer steht, stört die Stadtverwaltung nicht. Eine Bewilligungspflicht habe es nicht gegeben, hiess es aus dem Rathaus. Die neue Mauer schliesst an eine Mauer an, die die Stadt selbst unter kontroversen Umständen erstellt hatte und die Bewohner der Roma-Siedlung angeblich daran hindern soll, eine nahe gelegene gefährliche Ausfallstrasse zu überqueren, um in die Stadt zu gelangen.

Klagen über Kriminalität

Mit einem ähnlich gelagerten Problem beschäftigt sich auch die Verwaltung der Stadt Presov, ebenfalls in der Ostslowakei. Dort geht es um eine Blocksiedlung mit Sozialwohnungen, die mehrheitlich von Roma bewohnt werden, in der Nähe eines Quartiers mit Einfamilienhäuschen. Die Stadt sieht sich mit zunehmenden Klagen über Kriminalität

und Unordnung konfrontiert. Während bereits früher eine Trennmauer erwogen und verworfen wurde, heisst es nun seitens des parteilosen Bürgermeisters Pavel Hagvari, angesichts der sich verschärfenden Situation denke man erneut über einen Zaun oder eine ähnliche Massnahme nach.

Gegen die Bemühungen zur Segregation der Roma-Siedlungen in beiden Städten haben sich Menschenrechtsorganisationen energisch zu Wort gemeldet und das Vorhaben verurteilt. Von offizieller Seite heisst es dabei jeweils, es handle sich nicht um Massnahmen zur Rassentrennung, vielmehr sollten anständige Leute jeglicher Herkunft vor gesellschaftlichen Elementen geschützt werden, die das geltende Recht ignorierten.

In der Roma-Siedlung bei Presov leiden dabei laut der Zeitung «Sme» auch Roma-Familien selbst unter dem Verhalten anderer Bewohner; so wären sie beim Bau einer Abgrenzung doppelt benachteiligt. Indem der Siedlung offenbar auch minimale Infrastruktur

fehlt — weder gibt es einen Laden, noch eine Autobushaltestelle oder eine Polizeidienststelle —, sind die Bewohner völlig sich selbst überlassen.

Die neue slowakische Ministerpräsidentin Iveta Radicova sagte, mit Mauern könnten keine Probleme gelöst werden. Ähnlich hatte sich Radicova, damals noch als Oppositionspolitikerin, vor Jahresfrist geäussert, als im ostslowakischen Ostrovany ebenfalls eine Mauer zu einer Roma-Siedlung Schlagzeilen machte. Ein Medienkommentator bemerkte dazu, wenn Radicova, vor den Wahlen richtigerweise angemerkt habe, die vorhergehende Regierung von Robert Fico habe während vier Jahren keinen Lösungsansatz präsentiert, dann sei nun sie selbst am Zug. Tatsache sei, dass Mauern bloss das Versagen der Behörden dokumentierten und längerfristig zum Bumerang würden.

Die Schwierigkeit bei der Suche nach einem Lösungsansatz liegt allerdings darin, dass die Ursachen der Probleme der Roma-Minderheit in der Slowakei und anderswo in Mitteleuropa tief wur-

zeln. Die Missstände haben sich über Jahrzehnte aufgebaut und gehen zum Teil auf die sozialistische Zeit zurück und das Bemühen, die Roma in eine ihrer angestammten Lebensweise fremde Gesellschaftsform zu zwängen.

Ein Teufelskreis

Während eine Durchbrechung des entstandenen Teufelskreises aus gesellschaftlicher Marginalisierung, mangelnder Schulbildung, fehlender Perspektiven im Erwerbsleben und sich daraus ergebender Sozialprobleme langfristige Massnahmen ohne die Garantie baldiger Erfolge erfordern würde, ruft die Mehrheitsbevölkerung jedoch nach schneller Bekämpfung von Symptomen wie Kriminalität, Alkoholismus und Drogennissbrauch. Der Politik hat bisher der Wille, aber auch ein Gefühl der Unterstützung durch die Mehrheitsbevölkerung gefehlt, um zu versuchen, diesen schwierigen Spagat zu meistern und das Problem nicht nur an der Oberfläche zu behandeln.